

uns diesen Schritt leisten müssen, um unserer selbst willen und um die Möglichkeit zu eröffnen, daß insgesamt in unserem Land mit diesem Thema anders umgegangen wird als bisher, nämlich das Ende der Vertuschungen und damit auch das Ende fortlaufender Verdächtigungen.

(Beifall)

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Der Abgeordnete Geisthardt von der CDU/DA-Fraktion.

**Geisthardt (CDU/DA):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wann immer ich als Mitglied des Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit oder als Vertreter der Fraktion zu dieser Staatssicherheitsproblematik gesprochen habe, bin ich von der Auffassung ausgegangen - und ich nehme an, das ist Konsens in diesem Hause -, daß alles getan werden muß, um diesen Sumpf trockenzulegen, um die Schuldigen zu bestrafen und um die Opfer zu rehabilitieren. Und wenn in diesem Hohen Hause Abgeordnete tätig sind, die im Sinne des von unserem Hohen Hause hier verabschiedeten Gesetzes aktiv Dienst für die Stasi getan haben, ob sie das nun als Täter oder als Auftraggeber getan haben, so ist das schändlich, und es ist deprimierend, daß sie noch unter uns sind.

(Beifall)

Es ist Handlungsbedarf geboten, aber wie ist zu handeln? Folgen wir dem Antrag der Kollegen vom Bündnis 90/Grüne, Herrn Thierse oder Herrn von Ryssel, so legalisieren wir das Vorgehen von Herrn Fischer und begünstigen Lynchjustiz.

(Vereinzelt Beifall, vor allem bei CDU/DA)

Meine Damen und Herren, ich habe einmal drüben im Hohen Hause Recht eingefordert - Recht, nicht Rache. Denn Rache hat nichts mit menschlicher Größe zu tun, sondern sie verwischt den Unterschied zum Täter.

Dieser Prüfungsausschuß - so war das hier ursprünglich mal beschlossen - sollte dem Präsidium Bericht erstatten, ohne Namen zu nennen. Die Namen sollten die Vorsitzenden der Fraktionen bekommen, und sie sollten entsprechend zur Handlung angehalten sein. Jede andere Verfahrensweise, denke ich, wäre nicht rechtsstaatlich, sie kollidiert mit den Grundsätzen von Datenschutz und Immunitätsbestimmungen.

Aber, es besteht Handlungsbedarf, sagte ich, und das Problem brennt uns auf den Nägeln, und wenn wir es nicht lösen, werden wir als Volksvertreter, als die wir gewählt worden sind, unglauwürdig und unwürdig, hier in diesem Hause zu sitzen.

(Zuruf: Jawohl!)

(Beifall)

Ich schlage Ihnen ein Verfahren vor, unabhängig davon, ob dieser Antrag, um den es geht, in den Ausschuß überwiesen wird: Die Fraktionsvorsitzenden werden unverzüglich vom Kollegen Hildebrandt informiert. Die Fraktionsvorsitzenden beantragen unverzüglich die Aufhebung der Immunität, sofern der Verdacht außerordentlich stark ist. Das muß der Kollege Hildebrandt entscheiden. Die betreffenden Abgeordneten legen mit sofortiger Wirkung ihr Mandat nieder, und sofern strafrechtlich Relevantes aus den Akten zu ersehen ist, ist der Vorgang den Ermittlungsbehörden zu übergeben.

(Vereinzelt Beifall, vor allem bei CDU/DA)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie herzlich, ich bitte Sie wirklich herzlich, daß die Wut, die wir über die Vergangenheit haben, daß der Abscheu, der uns darüber erfüllt, daß diese Leute unter uns sind, daß all das uns nicht unbedacht machen möge.

Es gab eine friedliche Revolution in diesem Land, und manche bedauern dies heute. Beweisen wir vielleicht auch in diesem Sinne unsere Größe, indem wir Recht sprechen und nicht nach Rache schreien und deshalb den Antrag überweisen. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Dort sind zwei Anfragen. Bitte schön. Mikrofon 2 ist das. Bitte.

**Wolf (CDU/DA):**

Herr Geisthardt, ich hätte, um mein Abstimmungsverhalten auch klarzustellen, zwei Fragen. Ist mit all denen, die das betreffen würde, bereits durch den Ausschuß gesprochen worden? Wann ist das erfolgt? Und ist ihnen dort Gelegenheit gegeben worden, Stellung zu beziehen?

**Geisthardt (CDU/DA):**

Wenn ich gleich darauf antworten darf: Ich bin nicht Mitglied dieses Prüfungsausschusses, und demzufolge kann ich diese Frage nicht beantworten.

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Darf ich von seiten des Präsidiums dazu sagen, daß wir vorgesehen haben, daß über diesen Sachstand in der nächsten Sitzung im einzelnen berichtet wird. Deshalb war auch die Überweisung an diesen Ausschuß, weil wir dann, auch in Kenntnis all dieser Fragen, die jetzt kommen, entscheiden können.

Der Ausschuß hat uns gestern mitgeteilt, daß er damit rechnet, daß er seine Arbeit im wesentlichen am Montag abgeschlossen hat. - Bitte noch einmal die 2 zuschalten.

(Wolf, CDU/DA: Mir geht es speziell um die Frage, wissen die Betroffenen, daß sie betroffen sind?)

Also, das wäre in jedem Falle klar, daß bevor irgendwelche Namen genannt werden - sollten wir dazu kommen -, daß mit den Betroffenen ausführliche Gespräche geführt worden sind. Das wäre in jedem Fall gesichert. - Bitte schön, Herr von Ryssel.

**Von Ryssel (F.D.P.):**

Herr Abgeordneter, ich möchte Sie nur fragen, ob Sie meine Ausführungen nicht richtig verstanden haben, oder ob Sie bewußt etwas anderes hineingedeutet haben. Denn ich hatte ganz ausdrücklich gesagt, daß wir nicht an einer Hexenjagd interessiert sind, sondern daß wir nur diese, die ganz eindeutig bewiesen und klar festgestellt worden sind, meinen und niemanden anders.

**Geisthardt (CDU/DA):**

Herr Kollege von Ryssel, Absichten sind das eine, und die Dinge, die aus Absichten erwachsen, sind das andere. Und wenn Sie hier Namen öffentlich nennen, können Sie den Leuten auch gleich einen Strick um den Hals mitgeben.

(Vereinzelt Beifall - Unruhe im Saal)

(Von Ryssel, F.D.P.: Aber die restlichen 256 Abgeordneten, die können öffentlich genannt werden?)

Und lassen Sie mich noch eines sagen: Wir haben uns in unserem Sonderausschuß dazu verständigt, daß wir diese ganzen Dinge mit strikter Geheimhaltung umgeben, einfach, um arbeiten zu können und vernünftig arbeiten zu können. Und ich glau-